

Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1265.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Konten:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 800.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 28281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 28281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 4spaltige Komparatizelle 400.— M., auswärts 500.— M., die 3spaltige 300.— M., auswärts 400.— M., 2spaltig 200.— M., 1spaltig 100.— M., auswärts 150.— M., bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangeh., Straßen- u. Platzanzeigen 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken 150 M.

Nr. 94

Dresden, Montag den 23. April 1923

34. Jahrg.

Vorwärts zu Verhandlungen!

Der englische Außenminister hat, wie wir berichteten, am Freitag im Unterhaus eine Rede gehalten, die in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage in Europa besondere Bedeutung zukommt. Wenige Tage bevor Curzon diese Erklärungen abgab, ist er aus Frankreich nach London zurückgekehrt. Diese Tatsache spricht dafür, daß er die wesentlichen Teile seines Manuskriptes wenn auch nicht mit Poincaré, so doch mit maßgebenden französischen Persönlichkeiten redigierte. Das wird von der französischen Presse nicht bestritten, und insofern müssen Curzons Äußerungen als Erklärungen der gesamten Entente betrachtet werden. Ist das der Fall, dann zeigen seine Worte aber vor allem auch, daß die Wiederherstellung der Entente durch die Reise Loucheurs als endgültig vollzogen zu betrachten ist.

Curzons Rede ist keine Liebeserklärung für die deutsche Regierung, sondern von dem Gedanken getragen, dem Ruhrkonflikt bald ein Ende zu bereiten. Der englische Außenminister macht deshalb zu beiden Seiten, also sowohl gegenüber Frankreich als auch Deutschland, Komplimente. Den Franzosen gegenüber versichert er, daß der Sinn der englischen Außenpolitik die Aufrechterhaltung der Entente ist, den Deutschen erkennt er das Recht zum Leben an, und betont nachdrücklich ihren Willen zur Fortsetzung der passiven Abwehr. Mit mahnt er die deutsche Regierung, die Brücke zu einem Verständigungspunkt, mit der Versicherung, daß die französische und die belgische Regierung einen deutschen Vorschlag „erst prüfen und diskutieren werden“. Wenn Curzon seine näheren positiven Angaben über den Inhalt eines derartigen Vorschlages machte, so bliebe das in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage, aber auch mit Rücksicht auf die kommende Diskussion über diesen Vorschlag verständlich. Dennoch geben seine allgemeinen Äußerungen über das Reparationsproblem und die Sicherheitsfrage, der Hinweis auf die notwendige Anerkennung des deutschen Lebenswillens, ungefähre Richtlinien, wie sich England einen derartigen Vorschlag vorstellt. Die weiteren vertraulichen Mitteilungen des englischen Kabinetts an die Reichsregierung, soweit sie vor der Erklärung Curzons abgegeben wurden, dürften ebenfalls als Fingerzeige dafür gelten, was ungefähr in einem deutschen Angebot, das zunächst nur als Diskussionsgrundlage zu betrachten ist, enthalten sein muß. Die Grundgedanken eines deutschen Angebotes sind unsere Erachtens gegeben in dem allgemeinen Verzicht auf die Bonds der Serie C und dem wachsenden Verständnis innerhalb der Ententestaaten, daß vor allem auch Deutschlands Lebensnotwendigkeit Anerkennung finden muß.

Die Rede des englischen Außenministers besagt ferner, daß das Schicksal dessen, was England im Augenblick tun konnte, um ohne Verletzung des Prestiges seiner Verbündeten den Ruhrkonflikt zu beenden. Sie spricht ferner dafür, daß sich die Meinungen auch in offiziellen französischen Regierungskreisen über die Lösung des Reparationsproblems im Verlauf der Ruhraktion geändert haben, daß die Verständigungsbereitschaft im wahren Sinne des Wortes wächst. Noch vor wenigen Wochen hat Poincaré jede Intervention Englands als einen „feindlichen Schritt“ gegenüber Frankreich bezeichnet. In Wirklichkeit aber ist die Rede Curzons als intervenierender Schritt im Einverständnis mit dem offiziellen Frankreich zu betrachten. Besagt das nicht genug?

Es ist jetzt die höchste Zeit, daß die Reichsregierung auf die Brücke springt, die ihr gebaut wurde, daß sie der passiven Politik endlich Aktivität folgen läßt. Schon längst war die Notwendigkeit vorhanden, ein Angebot zu machen, wenn Herr Hofenberg, dem isolierten Mann im Auswärtigen Amt, nicht der Blick für die Bewertung der innerpolitischen Vorgänge der letzten Tage fehlte. Nicht allein aus außenpolitischen, nein, auch aus innenpolitischen Gründen muß gehandelt werden. Man soll doch nicht vergessen, daß der Ruhrkampf im Ruhrgebiet seinen Höhepunkt überschritten hat und die Vorkommnisse der letzten Tage nicht einfach als Experimente kommunistischer Wirkstoffe abgetan werden können. Auch derartige Experimente sind schließlich nur möglich infolge der vorherrschenden Stimmung. In diesem Stadium nicht zu handeln, wäre eine Pflichtvergessenheit der Regierung. Erkennt endlich auch Herr Hofenberg, welche Gefahren Deutschland drohen, wenn die verantwortlichen Männer weiterhin passive Politik mit passiver Abwehr gleichstellen? Wir erwarten, daß jetzt offiziell ein Angebot angekündigt wird, das, ohne ein Zeichen der Schwäche zu tragen, den Alliierten im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit eine Diskussionsgrundlage zur Begründung des Ruhrkonfliktes bietet. Man sollte annehmen, daß die Regierung gerade durch die am Sonnabend erfolgte Aussprache mit den maßgebenden Instanzen der Gewerkschaften hierzu besonders aufgemuntert worden wäre. Die Gewerkschaften haben die Forderung der Sozialdemokratie auf Erlass eines festen Reparationsangebots unterstrichen, so daß jetzt gesagt werden kann, daß das gesamte deutsche Volk diese Forderung stellt. Und nicht zum wenigsten erheben die kämpfenden Arbeiter im Ruhrgebiet diese Forderungen. Wenn die Regierung das alles in den Wind schlagen und sich weiter von den Deutschnationalen Kommandieren lassen will, so muß die Arbeiterklasse schärfere Seiten aufziehen. Das Spiel der Regierung kann allgemach zum Verbrechen am deutschen Volke werden!

Durch M. L. B. läßt die deutsche Regierung verkünden, daß sie die Rede Curzons als wichtige politische Tatsache betrachte und darüber berate, welche Folgerungen sich daraus ergeben. — Die Folgerungen sind, daß es jetzt die deutsche Regierung in der Hand hat, den Weg zu Verhandlungen zu öffnen. Alles dreht sich jetzt um eine deutsche Kundgebung. Also, herans damit!

Auch die Gewerkschaften fordern ein Angebot

Aus Berlin wird uns berichtet:

Am Sonnabend hatten Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Außenminister u. a. über die inner- und außenpolitische Lage. Ueber einstimmend wurde von den Gewerkschaften der Auffassung Ausdruck gegeben, daß der passive Widerstand an der Ruhr bis zu einem erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Konfliktes fortgesetzt werden muß. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäußert, die Regierung möge alles tun, was uns dem Ziel der Abwehr, der Entlassung des Ruhrgebietes von französischen und belgischen Truppen, näherbringe. Die Vertreter des A. D. G. B. und der Ufa gaben dem Reichskanzler und dem Außenminister darüber hinaus Kenntnis von dem Ergebnis ihrer letzten Bundesausschüttungen, die im Verlauf der vergangenen Woche in Berlin getagt haben und die mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Meinung waren, daß der Augenblick gekommen sei, in dem die Regierung ein positives Angebot an die Ententemächte machen müsse. Aus dem Verlauf der Besprechung ergab sich der Eindruck, daß auch die Reichsregierung die augenblickliche Situation im Verhältnis zur Lage in der vergangenen Woche, insbesondere auf Grund der Rede des englischen Außenministers, als geändert betrachte.

Außer der außenpolitischen Lage wurden die Frage der Markstabilisierung und alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen erörtert. Die Reichsregierung versprach, einer Wiederholung der Vorgänge am Devisenmarkt und einer willkürlichen Heraufsetzung der Preise entgegenzuwirken.

Rundgebung der Friedensfreunde

Berlin, 22. April. Heute vormittag fanden hier drei große Massenkundgebungen des Aktionsausschusses „Nie wieder Krieg“ statt. Es wurde die Abendung eines Telegramms an den Reichskanzler beschlossen, in dem unter Bezugnahme auf die Reden des deutschen und des englischen Außenministers an die Reichsregierung die dringende Aufforderung gerichtet wird, sofort durch eine Mitteilung deutscher Vorschläge an die Gesamtheit der Alliierten dem vom deutschen Volke durchgeführten passiven Widerstand ein festes Ziel zu geben und eine den Interessen des deutschen und des französischen Volkes entsprechende Verständigung herbeizuführen.

Poincaré unterläßt weitere Drohungen

Nach Pariser Meldungen hat Poincaré seinen Redebau zur Beeinflussung der Welt gegenüber den französischen Gewaltpolitik fortgesetzt. Er hielt wieder bei Enthüllung eines Kriegsvertrages eine richtige Kriegervereinbarung, die Deutschland alle Schuld aufbürde, Frankreich als reinen Engel darstellte. Es lohnt nicht, diese Erörterungen weiterzugeben. Bedeutend ist, daß Poincaré keinerlei Zeichen von Verhandlungsbereitschaft in seinem Vortrag und kein Wort von weiteren Drohungen prägte — was er sonst immer tat. Er schloß seine Rede: „Die wesentlichsten Bedingungen einer Annäherung ruhen auf den beiden Worten, immer denselben: Reparationen und Sicherheit. Nicht nur, weil wir unsere Sprache, unsere Literatur, unsere Kunst, unsere Zivilisation und unser nationales Genie zu retten haben, müssen wir an die erste Stelle die Interessen Frankreichs stellen, sondern weil ohne die Garantie unserer Unabhängigkeit und ohne einen Wiederaufbau unfers verwüsteten Landes weder ein Wiederaufbau Europas noch die Aufrechterhaltung des Friedens möglich wäre.“

Wülheim und die Franzosen

Essen, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) In Wülheim ist die Ruhe völlig wieder hergestellt. Eine Anzahl der Demonstrantenführer hat sich in die Kaserne zu den Franzosen geflüchtet. Auch die Verwundeten und Toten wurden zunächst nach der Kaserne der Franzosen gebracht. Sie sind dort photographiert worden.

Die Franzosen haben bereits ein Flugblatt über die Vorgänge mit dem Titel: „Deutsches Edelregiment“ herausgegeben. In diesem Flugblatt wird gestagt, ob jetzt bei diesen Todesopfern auch die Cuno-Blasen läuten würden. Weiter wird gesagt, auf der einen Seite hätten die Leute der Regierung bei der Todesfeier in Essen Anstößigkeiten verurteilt, und in Wülheim hätte die blaue und grüne Polizei auf 2000 Arbeiter geschossen. Warum? Nur deshalb, weil diese Leute Brot und Arbeit verlangt hätten. Der ganze Ton und die Aufmachung des Flugblattes lassen erkennen, daß das, was die Gewerkschaften im Ruhrgebiet annehmen, zutrifft, daß nämlich die Franzosen hinter den Demonstranten stehen.

Die Zahl der Toten, die es bei den Straßen in Wülheim gegeben hat, konnte bis jetzt nicht einwandfrei festgestellt werden; doch wird angenommen, daß 6 bis 7 Tote in den Reihen der Auswärtigen zu verzeichnen sind.

Tschecho-slowakische Probleme

Von unserem tschecho-slowakischen Mitarbeiter

1. Die sozialistische Zerspaltung

Ein buntes, verwirrendes Bild als in der Tschecho-Slowakei wird der Sozialismus kaum in einem zweiten Lande bieten. Der Parteien, die sich sozialistisch nennen, gibt es bereits so viele, daß der Ausländer sie nicht voneinander zu unterscheiden vermag. In dieser Mannigfaltigkeit hat sich der Sozialismus in der Tschecho-Slowakei seit den Jahren seit der Revolution, in der dieser Staat geschaffen wurde, entwickelt. Bis zum Kriegsende gab es im tschechischen Volke nur die tschechische Sozialdemokratische Partei, die durch einige ihrer alten Führer, wie Ramec, Soukup, Hrbek, Eingr, auch in der Internationale bekannte Partei, und die mit ihr konkurrierende tschechische Nationalsozialistische Partei, im deutschen Proletariat gab es nur Sozialdemokraten.

Die tschechische Nationalsozialistische Partei war ursprünglich vom tschechischen Bürgertum als Gegenorganisation gegen die Sozialdemokratie geschaffen worden. Sie hat von allen Anfang an scharf und entschieden den Nationalismus betont und ihn zur Waffe gegen den Internationalismus der Sozialdemokraten gemacht. Sie hatte aber daneben ein soziales Reformprogramm, mit dem sie zunächst große Kleinbürgerliche Schichten, später auch einen Teil des kleinen Gegenstandes zum Kapitalismus sich bewußt werdenden Proletariats an sich zog. Dies war möglich, weil der soziale Gegensatz vielfach auch ein nationaler war, der Arbeiter sehr oft zugleich — Deutscher. Nach dem Umsturz wurde der Zugang von Arbeitern, Kleinbauern und Kleinrentnern sowohl zur tschechischen Sozialdemokratie als auch zur tschechischen Nationalsozialistischen Partei besonders stark. Bei der zweitgenannten Partei wurde er so mächtig, daß er Programm und Lektüre der Partei änderte. Der Nationalsozialistischen Partei schlossen sich große Gruppen tschechischer Bergarbeiter in Nordwestböhmen an, die sich bis dahin „Anarchisten“ genannt hatten und deren Führer Dr. Bebenka war, außerdem auch eine unter Führung Dr. Bartoscheks stehende Freidenkerorganisation. Beide Gruppen fanden den Weg gerade zu dieser Partei, weil sie ihnen in nationaler Beziehung zuverlässiger erschienen als die tschechische Sozialdemokratie, der noch von altersher der Geruch des Internationalismus anhaftete, wenngleich sie lebhaft bemüht war, diesen sie vor der Öffentlichkeit blamierenden Ruf durch Ueberbietung der Nationalsozialisten an gut tschechischem Patriotismus auszumergen. Dieser starke Zustrom von Arbeitern drängte den Einfluß der Kleinbürgerlichen Elemente in der tschechischen Nationalsozialistischen Partei zurück. Unter dem Druck der Arbeitermassen, die zu ihr gekommen waren, nannte sie sich von nun an tschechische Sozialistische Partei, ja, sie schickte sogar zum Sozialistenkongress in Bern Vertreter, wenngleich diese dort nur aufmerksame Zuhörer waren. Mit dem Anstich an die Internationale war es allerdings den alten Führern der Partei niemals ernst. — Zwei große sozialistisch gerichtete Parteien waren also von 1918 bis 1921 die bedeutendsten, stärksten, einflussreichsten Parteien. Im neugewählten tschechischen Parlament (1920) wurden allen Erstes Sozialisierungspläne erwogen. Reiz zur Sozialisierung schienen vor allem die Großgrundbesitze und der Bergbau. Die tschechischen Arbeiter sahen in ihrem Staat auch einen sozialen Staat.

Neben den zwei tschechischen Parteien gab es natürlich von der Geburtsstunde der neuen Republik an im tschechischen Volke die deutsche Sozialdemokratie, die früher ein Bestandteil, ja neben Wien vielleicht das wichtigste Glied der österreichischen Sozialdemokratie war. Die deutsche Sozialdemokratische Partei suchte sich die Kommunisten zunächst zum Angriff aus. Es ist besonders interessant, daß der Streit zwischen Linken und Rechten gar nicht so sehr um die unmittelbaren Möglichkeiten anderer Kampfführung und um andere nächste Kampffelder in der Sozialdemokratie entbrannte, sondern daß die „Linken“, die dann später Kommunisten wurden, sich zunächst als Freunde der ganz links stehenden, der „Spartakisten“, und als Gegner der deutschen Mehrheitssozialisten fühlten, und der Name Noske war lange Zeit eines ihrer wirksamsten Argumente gegen die „Rechten“, die den Weg zum Bolschewismus nicht mitmachten. Freilich, nachdem einmal dieser Weg betreten, war er rasch zu Ende gegangen; in wenigen Monaten hatten sich die Linken aus radikaler Sozialdemokraten zu wütenden Gegnern der Sozialdemokratie entwickelt. Sie erklärten, nur noch deshalb in der Partei bleiben zu wollen, um sie in eine kommunistische umwandeln zu können. Darauf wurden sie ausgeschlossen. Von der tschechischen Sozialdemokratie hatte sich zunächst nur ein radikaler Teil losgelöst, der mit der Regierungspolitik nicht einverstanden war, mit jener alttschechischen Politik, die sich gegen die nationalen Minderheiten richtete, und weil sie eine Verbindung mit allen bürgerlichen Parteien war, sich auch vielfach gegen die Arbeiter wenden mußte. Der Führer dieser Gruppe, die sich zunächst „Tschechische Sozialdemokratische Partei (Linke)“ nannte, war Dr. Schnermal. Optimist aus innerster Veranlassung, der nur sehr zögernd die Linksentwicklung mitmachte, sie aber mitmachen mußte, wenn er Führer bleiben wollte. Unter dem Druck eines kommunistischen Flügels, der sich in dieser unabhängigen Partei gebildet hatte, und unter dem Druck der deutschen Kommunisten wandelte sich diese linke Sozialdemokratische Partei allmäh-